



<https://biz.li/2i7y>

KEINE ZUSAMMENARBEIT DER FREIEN WÄHLER NIEDERSACHSEN MIT EXTREMISTISCHEN PARTEIEN, ORGANISATIONEN UND ANDEREN GRUPPIERUNGEN

Veröffentlicht am 27.11.2024 um 09:49 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Die Kreisvereinigung Region Hannover der Freien

Wähler und der Vorsitzende der Regionsfraktion TSP und Freien Wähler. Ru?diger Nijenhof sowie der Kreisvorsitzende der Freien Wähler Hannover, Oliver Wempe, haben einen Entschlussantrag fu?r den Aufstellungsparteitag am 30. November 2024 in Visselhövede eingereicht. Der Antrag fordert eine klare Abgrenzung und ein Verbot der Zusammenarbeit mit extremistischen Parteien, Organisationen und anderen Gruppierungen. Oliver Wempe, Vorsitzender der Kreisvereinigung Region Hannover, betonte die Notwendigkeit, nach den ju?ngsten Ereignissen ein deutliches Zeichen zu setzen. "Das Verhalten einzelner Personen ist nicht zu billigen", erklärt er. Der auf dem Bundesparteitag im Fru?hjahr dieses Jahres in Bitburg gefasste Beschluss sei auch fu?r die Untergliederungen bindend. Der Antrag der Freien Wähler Region Hannover schließt jede Zusammenarbeit mit extremistischen Parteien, Organisationen und Gruppierungen aus. Voraussetzung fu?r eine Zusammenarbeit sei die Ablehnung von Gewalt und die Bejahung der freiheitlichen demokratischen Verfassungsordnung. Insbesondere wird eine Zusammenarbeit mit neonazistischen Parteien, der AfD, Linksextremisten wie der MLPD, der SGP, der DKP und ähnlichen Gruppierungen, sowie BSW, DAVA oder BIG ausgeschlossen. Die Antragssteller betonen ihre liberale, wertkonservative Politik der Mitte, die fest auf dem Boden der grundgesetzlichen Werteordnung steht und nicht durch das Handeln einzelner Mitglieder gefährdet werden darf. "Der Antrag wird auf dem Aufstellungsparteitag zur Abstimmung gestellt und soll als Leitantrag dienen, um die Position der Landespartei in Niedersachsen zu verdeutlichen", so Ru?diger Nijenhof.